

Seimte sich später eines neuen die Diensttafeln bedingenden Verhaltens schuldig gemacht hat.

Die Besoldungsnovelle in Preußen.

Wie wir bereits gestern abend kurz mitteilten, ist dem preußischen Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf zur Änderung der Besoldungsnovelle zugegangen. Der Entwurf bewilligt die Anpassung der Gehälter der preußischen Eisenbahnen und der ihnen gleichstehenden Beamten des Staates 15 an die der Reichspoststellen. Sowohl dadurch Überholungen von Beamten der Klasse 14 bis 16 erfolgen oder der erforderlichen Gehaltsabstände verschoben würden, ist auch eine entsprechende Umgestaltung in den höheren Klassen vorgesehen, wobei jedoch an dem Höchstgehalt von 3000 Mark festgehalten wird. Wo darüber hinausgegangen werden müsste, geschieht es durch Gewährung pensionsfähiger Prämien. Entsprechend der Aufsichtierung der Unterbeamten der Oberpostdirektionen müssen jerner die Gehälter der Unterbeamten der preußischen Gehaltsklasse 4 eine Aufsichtierung erfahren. Die Vorlage geht indes weiter und sieht bei sämtlichen vier ersten Unterbeamtenklassen eben bei den mit Einzelgehältern unter 1700 Mark ausgeschafften Unterbeamten eine Gehaltsverhöhung um je 100 Mark vor. Ferner ist eine Aufsichtierung der Klasse 5 auf 1800 Mark in Aussicht genommen. Von Klasse 6 ab ist grundsätzlich von einer Aufsichtierung abgesehen. Die Maßnahmen sind für das kommende Statjahr sind auf insgesamt 15 Millionen in der Eisenbahnenverwaltung und 25 Millionen den übrigen Verwaltungen ermittelt. Die Mehrausgaben an Pensionen und Hinterbliebenenbezügen werden im Gehaltsabstand um 4,8 Millionen geschägt. Die in dem Gesetzenentwurf noch vorgesehene Neuregelung der Gehälter der gehandelschafftlichen Beamten bedeutet keine Besoldungsveränderung. Das Gesetz soll mit dem 1. Tage des auf die Bekanntmachung folgenden Kalten der zweitens Jahr in Kraft treten.

Der Gegenschlag der „Berliner“.

○ Berlin, 18. Februar.

Als ein bewusstes Gegenstück zu der Tagung von Essen wird man die Kundgebung aufzufassen haben, die gegen die Verbände mit dem St. Berlin hier veranstaltet worden. Es handelt sich um die Konferenz, die alljährlich die Bezirkspräsidenten des katholischen Arbeiterverbands und des Arbeiterrinnerverbandes Deutschland einzuberufen pflegen. Diesmal hatte die Konferenz eine besonders aktuelle Spize in der Erklärung, die, bevor man noch in die Erörterung trat, der Versammlung vorgelegt wurde. Aus ihr wollen wir nach der „Germania“ den am meisten charakteristischen Absatz herwählen. Es heißt da folgendermaßen:

„Unsere Autorität, unsere berufenen Führer sind unser Heiliger Bauer, der Papst, und die vereinigten hochwürdigen Herren Bischöfe. Unsere Arbeiten, unsere Kämpfe, unsere Opfer, unsere Leiden stehen restlos und unbedingt im Dienste der Erfüllung der ungemeindeten und klaren sozialen Weisungen von der großen Enzyklila *Quoniam Novarum* angegangen bis zur neuesten Enzyklila *Singulariter quadam*. Ein jeden, der es verachtet, uns hierin hindern und in den Weg zu treten, weisen wir in entschiedener Weise zurück. Für die Kirche und den Heiligen Bauer treten wir auch in unserem sozialen Leben und Arbeiten ein, solange nur ein Atem in der Brust und lebt.“

Es entspricht dieser Resolution, daß der Papst und der Kardinal Joseph Kopp lebhaft antelegraphiert wurden. Dem Kardinal Joseph Kopp gelobten die Versammelten, die Weisungen der Enzyklika singulariter quadam nach ihrem Willen Wirklichkeit zu verwirklichen, wie dies der größte Wunsch des Kardinals sei. Das Wunderliche ist nur, daß diese Kundgebung friedlich und ohne weiteren Kommentar in derselben

„Germania“ abgedruckt wird, die vor ein paar Tagen ihre Genehmigung über die Essener Beschlüsse ausgesprochen hat.

Eine neue Spionageangelegenheit in Genf.

Aus Genf wird die Nachricht verbreitet, daß dort eine Spionageagentur entdeckt worden sei, an deren Spitze ein ehemaliger deutscher Offizier Emanuel von Eit und ein österreichischer Reserveoffizier Alois Glaser gestanden hätten. Wie das W. T. D. erhält, ist Eit niemals deutscher Offizier gewesen; er ist überhaupt kein Deutscher, sondern Russ. Ebenso wenig ist Glaser österreichischer Reserveoffizier. Wenn der Eindruck erweckt werden soll, als ob Deutschland und Österreich-Ungarn etwas mit den Spionen zu tun hätten, so handelt es sich dabei offenbar um den Versuch, eine Art Gegenstift zu der jüngst entdeckten französischen Spionageagentur Vanguier in Genf zu schaffen. In Wirklichkeit dürften die genannten Personen — Eit ist inzwischen aus der Schweiz ausgewiesen worden — eben mit dieser Agentur in Verbindung gestanden haben.

Über die Spionageangelegenheit erfährt die Schweizerische Presseagentur weiter:

Der Bundesanwalt führte die Untersuchung. Über Eit, Sektorchef der Generalstabsabteilung, verfügt die beschlagnahmten Dokumente, und der Bundesrat beschloß auf Antrag des Bundesamtes die Ausweisung des Russen Emanuel Eit (alias von Eit) und des Offiziersleben der österreichischen Reserve Alois Glaser. Die Untersuchung ergab keine gegen die Schweiz gerichtete Spionage. Die Angelegenheit scheint nicht von so großer Bedeutung zu sein. Eit weilt oft in Lausanne. Die Bundesbehörden setzten die Nachforschungen fort. Sie sind entschlossen, gegen die Spionage auf schweizerischem Gebiet energisch vorzugehen. Eit und Glaser hatten sich nach Wien begeben, wurden dort erkannt und verhaftet. Eit wird noch festgehalten. Glaser ist freigelassen; er lehrte darauf nach Genf zurück, verließ aber die Stadt vor einigen Tagen wieder.

Die bayrische Regierung und die Sozialdemokratie.

Wie jüngst in Karlsruhe der bairische Minister des Innern, so hat am Mittwoch auch der bayrische Minister Freiherr von Soden die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie gekennzeichnet. Wir erhalten darüber folgende Meldung:

München, 18. Februar. In der heutigen Sitzung der bairischen Kammer der Abgeordneten kam der Minister des Innern Freiherr v. Soden bei Beratung des Staats auf die *Haltung der Regierung gegenüber den Sozialdemokraten* zu sprechen und erklärte wegen der Nichtbefähigung sozialdemokratischer Bürgermeister und Beigeordneter, er habe schon in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß seine Stellungnahme in dieser Hinsicht sich nicht geändert habe. Die Verhältnisse seien rechtlich ganz einfach. Nach der Gemeindeordnung bedürfe die Wahl der Bürgermeister, Beigeordneten usw. der staatlichen Bestätigung, und die Staatsregierung sei durchaus berechtigt, einem gewählten Bürgermeister, den sie nach ihrem freien Ermessen nicht für geeignet halte, die Bestätigung zu verweigern. Was das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie betrifft, so habe ihn die prinzipielle Auffassung der Sozialdemokratie über den Staat in seiner Meinung bestärkt, daß hier mindestens eine gewisse Vorichtung gegenüber der Sozialdemokratie am Platze sei. (Zurück von den Soz.: Das beruht auf Gegenfeindschaft.) Mit Bezug auf diese prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie gegenüber schließe er sich dem an, was kürzlich der bairische Minister des Innern von

Bodmann in dieser Frage in der bairischen Kammer geäußert habe, aus der Presse der Sozialdemokratie und aus den Resolutionen gehe klar hervor, daß die Sozialdemokratie eine grundfeste Gegnerin der monarchischen Staatsverfassung und des Gotteshabentums sei. Man sei sich auf beiden Seiten über die Auffassung klar und er habe die Verpflichtung als Minister, die Stellung aufrechtzuerhalten, die er mit seinen Ministerkollegien gegen die Sozialdemokratie eingenommen habe. Der Minister erklärte zum Schluss, daß er dagegen auch der Meinung sei, daß alles Gute, das überhaupt zu finden sei, auch wenn es von Seiten der Sozialdemokratie käme, seitens der Regierung aller Berechtigung werkt, und er habe die Empfehlung gehabt, als ob die Regierung und die Sozialdemokratie trotz aller Gegnerschaft doch recht gut sich miteinander vertragen hätten. (Große Beifall.)

Deutsches Reich.

Der Nationalliberale Verein für Leipzig und Umgebung hielt am Dienstag, den 17. Februar, im Restaurant „Metropol“ eine stark besuchte Vertreterversammlung ab, die vom Rechtsanwalt Dr. Seydel eröffnet und später vom Direktor Herrn Geißler geleitet wurde. Zunächst wurden interne Vereinsangelegenheiten beraten. So dann sprach Redakteur Dr. Günther über die Reichsangelegenheiten in Borna-Bergau. Zum Schluß forderte er die Vertreterende in Leipzig zu rege agitatorische und organisatorische Mitarbeit auf. Am Abend trug zunächst eine lebhafte Debatte, an der sich auch ein nationalliberaler Abgeordneter beteiligte, und der Wahlkreisfelds. Böker Schmidt, beteiligte, und in der außerordentlichen Kaufmanns-Weidner, Buchhändler Bielefeld, Lehrer Claus und Direktor Pieper sprachen. Schließlich referierte Rechtsanwalt Dr. Seydel über das Thema: „Die Rauten der Reichsbeamten im Disziplinarverfahren nach dem Reichsbeamtengebot“, um an einzelnen Punkten die Reformbedürftigkeit dieses Gesetzes nachzuweisen. Dr. Seydel stand, wie vorher Dr. Günther, mit seinem Vortrag sehr wohlheit. Auch an diesem zweiten Vortrag knüppte sich eine eingehende Debatte, an der Dr. Politikdirektor Haefner, Oberpolizeikommissar a. D. Otto Lehner Bräunig und Oberpolizeikommissar a. D. Biedermann beteiligt waren. Kurz vor 12 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

* Der Kronprinz wird wegen seiner Erkrankung an dem Stapellauf des „Erich Brandenburg“ in Kiel am 21. Februar nicht teilnehmen. Die Aufreise wird Prinz Heinrich halten. Über die Befolzung der Tonne durch die Kronprinzessin sind anderweitige Anordnungen nicht getroffen worden.

* Für die Stichwahl in Jerichow, die am Freitag stattfindet, haben die Fortschrittsler die Parole ausgesetzt: „Keine Stimme dem rechtsliegenden Kandidaten!“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu: „Die Parole kommt auf eine Förderung der sozialdemokratischen Kandidaturen hinzu. Wie steht sich damit die Sicherstellung fortgeschrittenen Parlamentarier und Schriftsteller, die Fortschrittliche Volkspartei ist eine entschiedene Gegnerin der Sozialdemokratie?“ Die Behauptung, daß es darauf ankomme, die Linksmehrheit zu erhalten, kann nur als ein Vorwand bezeichnet werden. Diese Linksmehrheit besteht, wie sich aus der verdeckten Stellung der liberalen Parteien zu der Stichwahl in Jerichow zeigt, aus Elementen von gründlich ganz einfach. Nach der Gemeindeordnung bedürfe die Wahl der Bürgermeister, Beigeordneten usw. der staatlichen Bestätigung, und die Staatsregierung sei durchaus berechtigt, einem gewählten Bürgermeister, den sie nach ihrem freien Ermessen nicht für geeignet halte, die Bestätigung zu verweigern. Das Verhältnis sei rechtlich ganz einfach. Nach der Wahl der Bürgermeister, Beigeordneten usw. der staatlichen Bestätigung, und die Staatsregierung sei durchaus berechtigt, einem gewählten Bürgermeister, den sie nach ihrem freien Ermessen nicht für geeignet halte, die Bestätigung zu verweigern. Das Verhältnis sei rechtlich ganz einfach. Nach der Gemeindeordnung bedürfe die Wahl der Bürgermeister, Beigeordneten usw. der staatlichen Bestätigung, und die Staatsregierung sei durchaus berechtigt, einem gewählten Bürgermeister, den sie nach ihrem freien Ermessen nicht für geeignet halte, die Bestätigung zu verweigern. Das Verhältnis sei rechtlich ganz einfach.

* Keine Massenverkrankungen. Durch die Zeitungen liefern Nachrichten über angebliche Massenverkrankungen beim Eisenbahner Regiment Nr. 3 in Hanau. — Wir erhalten hierzu von zuständiger Seite: Beim ersten und zweiten Bataillon des Eisenbahnerregiments Nr. 3 in Hanau sind Erfältungsanfälle in größerer Zahl aufgetreten. Der Verlust der Erkrankungen ist bis jetzt durchaus gering. Die meisten Erkrankten sind bereits wieder dienstfähig. Die bacteriologischen Untersuchungen auf Typhusbazillen sind negativ ausgefallen.

* Der Bund Deutscher Bodenreformer veranstaltet zum vierten Male in Berlin in der Osterwoche, vom 14. bis 18. April, einen Kongress für Volkswirtschaft u. w. Bisher haben über 1300 Personen aus mehr als 300 Orten unseres Vaterlandes an den Kursen teilgenommen. Nächster

erfolgen die Prospette, die vom Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin, Lessingstraße 11, kostenfrei verhandt werden.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Sitzungsbericht.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendnummer.)

Abg. a. Moos (Freikons.): Die Kreisconservativen

sind gegen den Antrag. Bei dem jetzigen Zustand

könnten viele junge Leute aus dem Lande von unten

heraus für die Beamtenlaufbahn aussteigen. Das würde aufsehen, wenn die Bureaus der Land-

ratsämter verhaftigt würden.

Minister des Innern a. Döllwig: Der Antrag

würde eine Vermeidung der Beamten-

stellen zur Folge haben. Die Kreisconservativen

würden schon jetzt in reichlichem Maße kastellisch an-

gesetzt. Die Regierung beachtigt nicht, die

Bureaus der Landratsämter zu verhaftigen.

Abg. Wenke (Fortschr. Bpt.): Wir werden für

den Antrag stimmen. Es ist bedauerlich, daß

die Landräte, namentlich in den östlichen Provin-

zen, sich in den Dienst der Konservativen Partei

setzen.

Abg. Trampenau (Soz.): Die Landräte

sollten sich vom Schmarrenverein fernhalten. Das

Ver einsgeiste wird von den Landräten viel-

zahlreich missbraucht angewandt.

Abg. Leinert (Soz.): Wir stimmen für den

Antrag. Compte, insbesondere deshalb,

weil die Beamten bei dem jetzigen Zustand

viel zu gering bezahlt werden. Man kann von einer bös-

willigen Absicht des Landräts sprechen,

daß das Vereinseinkommen so anzuwenden,

dass die Rente kein kann. Besonders Verdächtiges ist der Landarbeiterverband ausgeübt, der seineswegs politische Ziele verfolgt. Wir werden von der

Staats- und Polizeiverwaltung überall gezeigt

behandelt.

Abg. v. Göhler (Kons.): Wir haben wieder in

Form einer Dauerrede die üblichen unkontrollier-

baren Angriffe gegen die Landräte gehörte.

Diese Angriffe, die sich in der Hauptrede darauf beziehen, daß die Landräte das Vereinseinkommen ungern annehmen und bei den Büchern ihr Amt missbrauchen, entbehren jeder Begründung. Die Amtsführung der Landräte ist durchaus einwandfrei. Die Linke verlangt immer, daß die Beamten sich politisch nicht betätigen. Was würde sie für ein Gesicht machen, wenn ein Minister als konserватiv betrachtet würde, wie neulich der Minister v. Bodenhausen in Baden war? nationalliberaler Partei bekannt hat? Je mehr sich die Grenzen zwischen bürgerlicher und revolutionärer Demokratie verschwinden, desto mehr treten wir für die Aufrechterhaltung der Stellung der Landräte ein, nicht im Interesse der konserватiven Partei, sondern des preußischen Staates.

Abg. Geheimerat (Ratl.): Wir wünschen freiere Ausgestaltung der Landgemeindeordnung, besonders im Interesse der großen Gemeinden.

Der Antrag Compte wird der Budgetkommission überreicht.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung von

Berlin und Umgebung“ begründet

Abg. Erbe Schenck zu Schweinsberg (Ratl.) einen

Antrag, in dem die Regierung erwartet wird, auf die

Kampf gegen Unsitthaftigkeit hauptsächlich in den Großstädten Bedacht zu nehmen. In dem Antrag wird das Vorzeichen gegen die Anhänger der Sozialdemokratie und ferner Vorzeichen gegen die Rummelpott und der Kummelplätzchen.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung von

Berlin und Umgebung“ begründet

Abg. Erbe Schenck zu Schweinsberg (Ratl.) einen

Antrag, in dem die Regierung erwartet wird, auf die

Kampf gegen Unsitthaftigkeit hauptsächlich in den Großstädten Bedacht zu nehmen. In dem Antrag wird das Vorzeichen gegen die Anhänger der Sozialdemokratie und ferner Vorzeichen gegen die Rummelpott und der Kummelplätzchen.

Abg. Borchert (Freikons.): In keiner Stadt der Welt

ist das Rummelpott so ausgeprägt und nimmt so

entwickelte Formen an wie in Berlin. Der Polizei

für den Rummelpott zu großer Wildnis nicht erspart bleibt. Ich bitte dringend um einstimmige Annahme des Antrages.

Abg. Thiede-Kassel (Ratl.): Das Kinematographentheater kann für die Jugend sehr lehrreich

sein.

Reizbare Haut günstig beeinflussen

erfordert tägliche

Verwendung von Myrrholinseife

weil sie durch ihren Gehalt an edlem Myrrholin

mit seinen antiseptischen, hellenden und neubildenden

Eigenschaften seit fast 20 Jahren als einzigartige

Gesundheitsseife dafür bewährt.

In der weithin ausgedehnten Lübecke

wird unsere Aufmerksamkeit auf weidende Tiere

gerichtet: große Herden schwarzwöl-